

(Abgeordneter Uhlig.)

(A) nur mit Zustimmung der Volksvertretung berufen oder entlassen werden. Die Verfassung muß in dem Sinne ergänzt werden, daß die Minister nur so lange im Amte bleiben, als sie das Vertrauen der Volksvertretung genießen.

Die Demokratisierung der Selbstverwaltungskörper ist ein wesentlicher und untrennbarer Bestandteil der demokratischen Gestaltung unserer Staatseinrichtungen. An die Stelle des bisherigen Gemeindewahlrechts, das einzelnen Gruppen und Klassen besondere Rechte einräumt, muß das allgemeine und gleiche Wahlrecht treten. In gleicher Weise sind die Bezirks- und Kreisvertretungen neu zu gestalten.

Die Umwandlung des bisherigen Obrigkeits- und Polizeistaates in ein demokratisches Staatswesen erfordert als erstes und sichtbares Zeichen der Neugestaltung die restlose Amnestie für alle Handlungen politischen Charakters. Alle Verurteilungen wegen politischer Delikte, Streikvergehen usw. müssen aufgehoben, alle schwebenden Verfahren eingestellt, alle Maßregeln auf Grund des Belagerungszustandes und des Gesetzes über die Schutzhaft müssen zurückgezogen, die Opfer aller solcher Verurteilungen und Maßregeln müssen angemessen entschädigt werden.

Die völlige Herstellung der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts ist natürlich eine unumgängliche Notwendigkeit.

In bezug auf die wirtschaftliche und kulturelle Lage unseres Volkes erwarten wir tatkräftiges Handeln der Regierung.

In erster Linie muß angestrebt werden, die Ernährungsverhältnisse nach Maßgabe der gegebenen und mit dem Kriegsende sich steigenden Möglichkeiten zu verbessern, ebenso die Versorgung der Bevölkerung mit Bekleidungsmitteln, Heizstoffen usw. Die Organisation der Versorgung muß geändert, an die Stelle der bureaukratischen Organisation muß eine solche gesetzt werden, die unter erhöhtem Einflusse der arbeitenden Klassen steht, im Sinne der Demokratisierung der Selbstverwaltung und mit dem Ziele, die Interessen der Volksmasse gegenüber den agrarischen und kapitalistischen Interessen in den Vordergrund zu stellen.

Gegen die Wohnungsnot müssen durchgreifende Maßnahmen schleunigst durchgeführt werden.

Um einer Massennot während des Überganges vom Kriegs- zum Friedenszustande vorzubeugen, muß die landwirtschaftliche, industrielle und gewerbliche Erzeugung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gefördert werden, in den Händen der Staats- und Heeresverwaltung vorhandene

Rohstoffe müssen alsbald freigegeben werden, ebenso (C) die verfügbaren Vorräte an Nahrungsmitteln, Bekleidungsgegenständen usw. Die bisher zurückgestellten Staatsarbeiten müssen schnellstens in Angriff genommen werden.

Die Arbeitsvermittlung und die Unterstützung aller Erwerbslosen zu organisieren und finanziell zu sichern, ist ein dringendes Gebot der Stunde. Die Durchführung und Finanzierung des Unterstützungswerks durch das Reich ist anzustreben.

Sollen die im Volke ruhenden, für den Wiederaufbau unseres Wirtschafts- und Kulturlebens unentbehrlichen Kräfte wirksam gemacht werden, so darf die Reform des Schulwesens auf der Grundlage der allgemeinen Volksschule und der Einheitschule nicht länger hinausgeschoben werden. Sie gebietet sich auch unter dem Gesichtspunkte des demokratischen Staates, der auch auf dem Gebiete der Bildung ein Monopol der Zahlungsfähigen nicht dulden darf.

Das Unterrichtsweisen muß einem selbständigen Unterrichtsministerium unterstellt werden.

Über andere Aufgaben des Staates wird bei späterer Gelegenheit zu reden sein.

Die Finanzpolitik des Reiches muß im Sinne eines gerechten Steuersystems durch die Heranziehung von Einkommen, Vermögen und Erbschaften und durch ausgiebige Erfassung der Kriegsgewinne beeinflusst werden. (D)

In allem wird die Sozialdemokratie zur Mitarbeit bereit sein, und sie wird alles daran setzen, um die Entwicklung im Sinne des sozialdemokratischen Programms zu fördern. Geht die Neugestaltung der Staatseinrichtungen den Weg ehrlicher Demokratie, dann ist der normale, friedliche Verlauf der revolutionären Umgestaltung gesichert. Gegenrevolutionäre Mächtschaften allein können zu Katastrophen führen. Die Sozialdemokratie wird ihnen wachsam gegenüberstehen. Im Interesse des Volkes wird sie die Demokratie verteidigen und ihre Entwicklung gegen alle Hindernisse sicherzustellen bestrebt sein. Sie auch in sozialer Richtung fruchtbar zu gestalten, jedem Gliede der Volksgemeinschaft die Existenz zu sichern und das Wohl der Gesamtheit zu fördern, wird das praktische Ziel der Demokratisierung und das Kampfziel der Sozialdemokratie sein.

(Bravo! links.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Niethammer.

Abgeordneter Dr. Niethammer: Meine Herren! Die heutige Verhandlung stellt uns die Aufgabe, Stellung